

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Amtsblatt

Für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 92.

Donnerstag, 22. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Nachmittags sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (7 Zeilen) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Beste Karte. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Dreizehntägige Unterhaltungsbeilage „Wächter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 14. April 1920 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 20. April 1920.

Reichsminister für Wiederaufbau.

439 VII A

691

Bekanntmachung
über die Anmeldung von Rechten oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee aus Anlaß der Durchführung der Bestimmungen der Artikel 123 und 260 des Friedensvertrages.

Auf Grund der §§ 1 und 4 des Gesetzes über Entgelnungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1527) wird folgendes bestimmt:

1. Alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger sowie Anwartschaften deutscher Reichsangehöriger auf Rechte oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee sind bis zum 15. Mai 1920 anzumelden. Diese Bestimmung findet auch auf die Ueberintommen Anwendung, die mit deutschen Reichsangehörigen wegen Ausführung oder Betrieb der öffentlichen Arbeiten in den früheren deutschen Schutzgebieten in Afrika und der Südsee abgeschlossen worden sind, sowie auf Unterkonzessionen oder Abzweigungen, die mit deutschen Reichsangehörigen im Verfolg dieser Ueberintommen getätigt worden sind.
Die Rechte und Beteiligungen sind auch dann anzumelden, wenn sie noch nicht ausgeübt worden sind.
2. Anmeldepflichtig sind die Inhaber der Rechte, Beteiligungen oder Anwartschaften. Die Anmeldung hat bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau in Berlin W, Wilhelmstraße 62, zu erfolgen.
3. Ruwiderrhandlungen werden gemäß § 10 Nr. 2 und § 11 Nr. 2 des Gesetzes über Entgelnungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1527) bei Verjährlichkeit, sofern nicht nach allgemeinem Strafrecht eine höhere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen, bei Verjährlichkeit mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft.
Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland nach Artikel 260 Absatz 2 Satz 2 des Friedensvertrages genötigt ist, zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Angehörigen auf alle in Nr. 1 dieser Bekanntmachung bezeichneten Rechte, Beteiligungen und Anwartschaften, die in der dem Wiedergutmachungsausschuß auf Grund der genannten Bestimmung des Friedensvertrages zu übergebenden Liste etwa nicht verzeichnet sind, zu verzichten.
Berlin, den 14. April 1920.
Der Reichsminister für Wiederaufbau.
H. W. Müller.

Auf die Reichskleinfaktorteile Reihe L erhalten:
Personen über 6 Jahre auf die Marken 1-10 bis 125 gr Frischfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage des Wurst und 50 gr Schweinefleisch.
Personen unter 6 Jahre auf die Marken 1-5 bis 62 gr Frischfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage des Wurst und 25 gr Schweinefleisch.
Der Preis beträgt bei:
a) Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage 3,75 Mk.
b) Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage 3,80 Mk.
c) Schweinefleisch 9,08 Mk.
d) Blut- und Leberwurst 4,30 Mk.
Großhain, am 20. April 1920.
Die Amtshauptmannschaft. 560 b V.

Bekanntmachung. Anerkennung als Wohnungsnottandsgemeinde.

Das Landeswohnungsamt hat für die Gemeinden Bockra und Glaubitz mit Langenberg und Sagerritz die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter und in §§ 2-5 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 29. September 1918, in der Fassung vom 22. Juni 1919 (R.-G.-Bl. S. 1140 und 1143 des R.-G.-Bl. S. 501) mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß die Herren Gemeindevorstände zu Bockra und Glaubitz verpflichtet sind, Anordnungen nach § 5 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter zu treffen.
Großhain, am 20. April 1920.
Die Amtshauptmannschaft. 530 d C.
585 c C.

Bekanntmachung. In der Bekanntmachung in Nr. 90 d. Bl. Lebensmittelverteilung betr., muß es heißen: 250 gr (nicht 200 gr) Ackerbohnen.

Das Reichswahlgesetz.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat in den Tagen vom 12. bis 20. April den ihm überreichten Entwurf eines Reichswahlgesetzes durchberaten. Die Annahme des Gesetzes durch den Ausschuss erfolgte einstimmig, und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß auch die Verhandlungen in der Volksversammlung, die am 22. d. M. beginnen, ohne irgend welche Schwierigkeiten von statten gehen werden. Eine so glatte Erledigung eines Wahlgesetzes wäre früher fast unmöglich gewesen. Es drückt sich hier eben die erfreuliche Tatsache aus, daß die Vorlage nicht den Zweck hatte und haben konnte, die Herrschaft einer bestimmten Partei oder Parteiengruppe (sogar zu konsolidieren, sondern daß es lediglich darauf ankam, getreu den in der Verfassung niedergelegten Bestimmungen ein Verhältniswahlverfahren zu finden, das den Willen der Wähler in der Zusammensetzung des Parlaments klar zum Ausdruck bringen kann und jeder Partei die ihr gebührende Anzahl von Mandaten sichert. Die Verhandlungen waren von einer erfreulichen Sachlichkeit getragen, und es kam oft genug vor, daß bei den einzelnen Streitigen Bestimmungen Abgeordnete derselben Fraktion gegeneinander stimmten und sprachen. Aber alle fanden sich schließlich zusammen in der Ueberzeugung, daß das jetzt vorliegende Werk ein brauchbares und jedenfalls besseres Instrument zur Erledigung der Wahlen ist als die Wahlordnung vom 2. November 1918, die den Wahlen zur Nationalversammlung zu Grunde lag.

Freilich war man sich klar darüber, daß das nunmehrige Wahlgesetz infolge der Kürze der bis zu den Wahlen zur Verfassung stehenden Zeit nicht etwas durchaus vollkommenes werden könne. Insbesondere konnte der in der Vorlage des Reichsministeriums des Innern zum greifbaren Ausdruck gebrachte Wunsch nach Verkleinerung der Wahlkreise nicht zur Ausführung gebracht werden, da weder die Wahlbehörden noch vor allem die Parteiorganisationen bis zum 4. Juni in der Frage gewesen wären, sich auf völlig veränderte Wahlkreisgrenzen umstellen. Es mußten daher die großen Wahlkreise zu Grunde gelegt werden, die bei der vorigen Wahl gegolten haben; mit verhältnismäßig geringfügigen Änderungen wurden sie in das neue Gesetz übernommen.

Auf der anderen Seite werden aber doch bedeutende Veränderungen gegenüber dem bisherigen Wahlgesetz erreicht. Die beiden leitenden Ideen in dem Entwurf des Reichsministers Koch, das automatische System und die Reichsliste, wurden von den Mitgliedern des Ausschusses ganz überwiegend mit großer Sympathie begrüßt und demnach einseitig in die Vorlage eingefügt. Das automatische System beruht darauf, daß auf je 60 000 für einen Wahlvorschlag in einem Kreise abgegebene Stimmen ein Abgeordnetensitz zugewiesen wird. Auf diese Weise fallen alle rechtmäßigen Kandidaten weg und eine völlig gleichmäßige Austeilung der Mandate an die Parteien wird gewährleistet, und dies umso mehr, wenn zur Ergänzung noch ein Verfahren hinzutritt, das die in den einzelnen Wahlkreisen übrigbleibenden Reststimmen aufkann und noch einmal unter Anlegung der Ziffer 60 000 zur Verwertung bringt.

Während sich gegen das automatische System kaum irgendwelche Bedenken erhoben, wurde doch gegen die im ursprünglichen Entwurf vorgesehene Reichsliste geltend gemacht, daß die überschüssigen Stimmen der Wahlkreise allzu unmittelbar von den kritischen Stellen auf die „Berliner Elbe“ der jeweiligen Partei übergeben würden. Infolgedessen wurde zwischen die beiden Wahlkreise und die Reichswahlkreise eine Zwischeninstanz eingeschoben: der Wahlkreisverband. Zwei oder drei Wahlkreise werden lediglich zu rechtmäßigen Zwecken zusammengebunden; die überschüssigen Stimmen jeder Partei werden erst in diesem Verband angeammelt, und wenn sich bei dieser Zusammenfassung stellt, daß ein Ortswahl-

Drei deutsche Notizen.

tu. Bern, 22. April.
Aus San Remo wird gemeldet, daß die deutsche Abordnung der Friedenskonferenz drei Notizen überreicht habe: 1. die Annahme der deutschen Regierung auf das Verlangen, die Einwohnerwehren aufzulösen; 2. über die Höhe der Truppenzahl in der neutralen Zone; die Regierung bietet darin die Exzente, künftighin nicht mehr die Anzahl der Bataillone, sondern die genaue Zahl der Truppen zu bestimmen. Sie bietet auch darum, daß die Artillerie zahlreicher als bis jetzt festgelegt werde; 3. die deutsche Regierung fordert, daß die Reichswehr auf das Doppelte des zugelassenen Bestandes, also auf 200 000 Mann gebracht werde. Sie erwidert ferner, den Großen Generalstab behalten und die Artillerie, Luftschiffahrt und die Eisenbahnkompanien vergrößern zu dürfen.

Das Programm Mittis und Lloyd Georges.

tu. Frankfurt a. M., 22. April.
Nach dem Korrespondenten des „Journal“ hatten sich Lloyd George und Mittis vor der Konferenz in San Remo schriftlich auf folgendes Programm geeinigt:
Die Entlassung Deutschlands wird gefordert unter Ausdehnung der Wirtschaftslieferung. Zugleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn nicht vermittelte einer neuen Konferenz mit Deutschland, was einer Revision des Versailler Vertrages und dem Wiederaufbau Deutschlands mit Unterstützung der Alliierten gleichkäme. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit oder dann später behandelt werden.
Der Korrespondent stellt die Uebereinkunft der Minister in der Frage der Entlassung Deutschlands fest, aber Frankreich sei mit den vorgeschlagenen Mitteln und Wegen nicht einverstanden.

Forderungen der Polen.

Der Warschauer Ministerrat hat beschlossen, beim Obersten Rat in Paris folgende Forderungen zu erheben:
Bewirklichung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung bei der Abstimmung.

von über 60 000 Stimmen vorhanden ist, so wird dem Verband ein neues Mandat gewährt, und es fällt dieses Mandat auf denjenigen Wahlkreis, in dem die betreffende Partei die meisten Reststimmen innerhalb des Verbandes hat. Dieses Verfahren hat den Vorzug, daß die Wahlkreise selbst in der Aufstellung ihrer Kandidaten und in der Kandidatenarbeit für sie durch die angeschlossenen Nachbarkreise nicht gehindert werden.
Es sind auf diese Weise 35 Wahlkreise und 17 Wahlkreisverbände geschaffen worden. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß durch die Ueberleitung der Reststimmen der Wahlkreis zunächst auf die Verbände die Zahl der Mandate, die schließlich aus der Reichswahlkreise erwächst, nur ziemlich gering sein kann. Wenn z. B. aus drei verbundenen Wahlkreisen zusammen 125 000 Reststimmen auf den Verband übergehen und sich dort zu zwei Mandaten verhalten, die dann auch den beiden Wahlkreisen mit den höchsten Reststimmen zufließen, so bleiben für die Reichsliste nur 5000 unverbrauchte Stimmen übrig, während bei Nichtvorhandensein der Verbandsreststimmen 125 000 Reststimmen als Reste der Wahlkreise auf die Reichsliste übergegangen wären. Es ist anzunehmen, daß jede Partei auf der Reichsliste nur höchstens 6-7 Abgeordnete haben wird, und es wird Aufgabe der Parteien sein, diese wenigen Plätze mit besonders für das Parlament geeigneten Persönlichkeiten zu besetzen.
In der Anrechnung der Reststimmen über das ganze Reich liegt nun die unverkennbare Gefahr, daß ganz kleine Sondergruppen, politische Parteien und Berufsinteressen die Be-

völkerung bei der Abstimmung, Beseitigung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitswehr und Verschiebung der Volksabstimmung. Der Antrag auf Dinauschiebung der Volksabstimmung bedeutet eine volle Schwendung der polnischen Politik, die geglaubt hatte, durch eine möglichst frühe Abstimmung für sich ein möglichst günstiges Ergebnis zu erreichen.

Die Unruhen in Italien.

tu. Paris, 22. April.
Der Rat der Alliierten in Paris hat in einer neuen Sitzung seine Verfassungskommission in ihrer rechtswidrigen Haltung bekräftigt. Er ist bekannt, daß die gegen die Tätigkeit der internationalen Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörden in Oberitalien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden seien.

Die Unruhen in Jugoslawien.

tu. Belgrad, 22. April.
In ganz Jugoslawien fanden Protestkundgebungen gegen die Bestreunung Simas von Jugoslawien statt. In ganz Jugoslawien fanden Protestkundgebungen gegen die Bestreunung Simas von Jugoslawien statt. In ganz Jugoslawien fanden Protestkundgebungen gegen die Bestreunung Simas von Jugoslawien statt.

Protestkundgebungen in Jugoslawien.

In ganz Jugoslawien fanden Protestkundgebungen gegen die Bestreunung Simas von Jugoslawien statt.

legenheit benutzen würden, in ganz Deutschland Stimmen zusammen zu harren, und damit ein Mandat zu erwerben. Der Verfassungsausschuß hat gegen diese Gefahr durchgreifende Maßnahmen getroffen. Es wurde beschlossen, daß die Reststimmen eines Verbandes unberücksichtigt bleiben sollen, wenn nicht wenigstens auf einen der verbundenen Wahlkreisverbände 30 000 Stimmen oder mehr abgegeben sind. Wenn also in drei verbundenen Wahlkreisen eine Gruppe 28 000, 25 000 und 20 000 Stimmen, also insgesamt 73 000 Stimmen erhält, so wird, obwohl die Zahl 60 000 weit überschritten ist, doch zunächst kein Mandat ausgeteilt. Es werden vielmehr die gesamten 73 000 Reststimmen zur Verrechnung der Reichswahlkreise überwiesen. Aber auch hier können sie nur dann zur Wirkung kommen, wenn die betreffende Gruppe irgendwo anders direkt Mandate erzielt hat, denn eine weitere Verweisung sagt, daß einem Wahlkreisvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetensitze zugewiesen werden kann, die auf die ihm angeschlossenen Wahlkreisverbände entfallen sind, ist also auf eine Zwergpartei kein solcher Sitz entfallen, d. h. hat sie in keinem Kreis-Verband ein Mandat erhalten, so kommen auch die sonst erzielten Stimmen nicht zum Zuge.

Es ist in der Vorlage auch der interessante Versuch unternommen worden, die den Parteien erwerbenden gewaltigen Wahlkosten in etwas dadurch abzumildern, daß das Reich den Parteien einen Beitrag für ihre Stimmzettel je nach der Größe der auf sie entfallenden Stimmen zurückvergüten soll. Auch in dieser Bestimmung wird in bezug auf die Wahlkosten

bedrückt, wie sehr der demokratische Staat das Vorhandensein der Parteien als eine staatliche Notwendigkeit empfindet.

Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni.

Die Wahlen zum ersten Reichstag der Republik werden am 6. Juni, Sonntag, den 6. Juni, stattfinden. Die Nachrichten, die von einer neuen Verfassung sprechen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Nationalversammlung.

mit. Berlin, 21. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Interpellation Verdeckt betr.

Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet.

Abg. Verdeckt (DfW.) begründet die Interpellation. Polen sollte uns zu Dank verpflichtet sein. Statt dessen hat es feindselig unsere Hand zurückgestoßen, die wir ihm zu freundschaftlichen Beziehungen boten. Wir empfinden, was es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensvertrag führt uns einen freien Durchgangsverkehr auf allen Linien. Jetzt wird er auf die einseitige Nebenbahnlinie Gerselt-Marienwerder beschränkt. Ostpreußen soll vom Reich abgegrenzt werden. Die unerhörten Befähigungen der Polen sind in Anfragen meiner Partei, der Demokraten und der Arbeiterpartei der Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Die Regierung hat Absicht verstanden. Es ist aber noch schlimmer geworden. Die Ostpreußen wollen lieber mit Ostpreußen hungern als mit Polen leben. Aber gerade das muß erzwungen werden. Die Ostpreußen müssen zum Schutz gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Lage der Provinz muß gehoben werden. Wir hoffen, daß der neue Reichsminister des Reiches einen feindlichen Geist der Initiative in sein Amt bringen wird.

Reichsminister des Reiches Dr. Brücker:

Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das dem Aufbau einer wirtschaftlichen Verbindung Europas im Gesicht schlägt. Wer hört uns dafür, daß Polen mit der Abkämpfung seiner Notizen nicht fertig wird und die Sperre des Korridors ins Ungeheuer verlängert? Wir müssen zu einem endgültigen Abkommen gelangen, wie es uns angeht. Die inhaltliche Taktik der Polen verändert sich das bisher. Wir sind noch immer auf den Art. 89 des Friedensvertrages angewiesen, der uns die völlige Freiheit des Durchgangs noch nicht gibt. Gewisse Teilerfolge hatten wir in den Verhandlungen erreicht, als der Militärputsch dazwischen kam. Die Polen brachen die Verhandlungen ab, da sie die Vollmacht unserer Vertreter nicht mehr anerkannten. Wir machten nun die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Die Polen dort sind bereit, in diesen Tagen die Besprechungen darüber zu beginnen. Nach Mitteilungen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie zu einem gewissen Resultat führen werden. In diese Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperreverpflichtung, angeblich wegen Vorkostenabstempelung gelegt, die auch die deutsche Regierung sehr peinlich berührt hat. Die Strecke Gerselt-Marienwerder steht währenddessen nur für einzelne deutsche Wagen in polnischen Zügen und nur bei Tage offen. Eine derartige polnische Sperre entspricht mindestens nicht dem Sinne des Art. 89 des Vertrages. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders schwer davon betroffen. Wir haben auch bei der internationalen Kommission in Paris protestiert. Morgen fährt eine Abordnung des Auswärtigen Amtes, des preussischen Ministeriums des Innern und des Justizministeriums nach Polen zur Regelung der Beamtenfrage. Es ist Aussicht vorhanden, die Schwierigkeiten zu mildern. Anstandsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete erwidern sich, weil wir schon die Ausfuhr neuerer haben, da Polen keine wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Abwanderung Ostpreußens müssen wir durch Verbesserung der Seeverbindungen verhindern. Angesichts der polnischen Methode hält die Regierung es für ihre Pflicht, Polen zu Methoden zu geben, daß Polen mindestens ebenso sehr auf Deutschland angewiesen ist, wie umgekehrt. Niemand weiß, wie die Dinge im Osten sich gestalten werden. Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen an seinen Grenzen wenigstens ein erträgliches Verhältnis zu uns aufrecht erhalten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen wirtschaftlich und administrativ diejenige Selbständigkeit zu gewähren, die es beanspruchen kann. Geisig und moralisch wollen wir mit den Ostpreußen in alter und voller Gemeinschaft leben. (Beifall.)

Abg. Wolff (Soz.) schildert aus eigenem Erlebnis die Schikanen der preussischen Soldaten und Beamten im polnischen Korridor. Abg. Heibsch (Dem.) wünscht, daß die Unterhändler mit den Polen etwas weniger Jagdbartigkeit zeigen möchten. Abg. Fleischer (Centr.): Die Polen täten gut daran, sich an die Bestimmungen des Vertrages zu gewöhnen, die auch für sie einbindend sein werden. Anstelle des Rechts ist im Osten die Willkür getreten, und das ist doch für das Ansehen des Deutschen Reiches und des Völkerbundes nicht eben förderlich. Die Abdaffung der Willkür läge auch im Interesse der Polen selbst. Für die Forderungen und Bedürfnisse Ostpreußens müsse im preussischen Gesamtministerium eine Zentrale geschaffen werden. Die Bemühungen Schamers in London, die Friedensbedingungen betr. den Schiffbau zu unseren Gunsten abzuändern, mühten unterdrückt werden. Abg. Graf v. Dohna (D. Vp.): Dem Minister sind wir dankbar für seine Ankündigung energischer Maßnahmen, hätten aber vielleicht eine etwas schärfere Sprache gegenüber dem brutalen Rechtsbruch der Polen gewünscht. Abg. Schulz-Dromberg (Dn.) wendet sich besonders gegen den Abg. Wolff, der die heutigen Schwierigkeiten mit Polen auf die preussische Außenpolitik zurückgeführt habe. Unsere Außenpolitik müßte im Bismarckischen Geiste geführt werden.

Reichsminister Dr. Brücker: Gegenüber einer Bemerkung des Abg. v. Heibsch sei gesagt, daß eine der sechs Abteilungen des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und deren eine Unterabteilung für Polen. Sondermaßnahmen mit Polen betreffen nicht, die die Polen berechneten, uns Schwierigkeiten zu machen. Danzig bleibt deutsch.

Reichsminister Müller:

Abg. Schulz ist noch in dem Gedankenkreis der Zeit vor 40 bis 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heututage auch keine Fackelträger. Der Außenminister soll durch seine Persönlichkeit und seine politische Vertiefung im Ausland erwerben, und dazu scheint mir Dr. Brücker geeignet.

Abg. Penke (Unabh.): Herr Brücker hat gestern sehr nationalstimmige Töne angeschlagen. Die Politik der Polen ist eine Frucht der Politik der Reichs. Die heutigen Minister sind immerhin noch besser als die der alten Herr. Die Arbeiterklasse wird mit den Rechten dieser Klassen aufzuräumen. Das ist die W. L. W., das während der Rapporte im Dienste der Reaktion stand, verbreitete neulich eine Meldung, in Polen sei ein Militärputsch zu befürchten. Das war natürlich Tendenz. Die Absicht der Interpellation war, für die Wahlen zu wirken.

Damit schließt die Besprechung.

Dritte Beratung betr. Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Der Entwurf wird ohne Debatte erledigt. Zweite Beratung des Entwurfs eines Reichs-

anleihegesetzes. Abg. Schaefer-Franken (Bayer. Vp.): Wir wollen diesen Vorschlag annehmen, aber keine Zugeständnisse für künftige Besteuerungen schaffen. Wir haben keinen richtigen Vermittlungsweg für das Vermögen. Das Papiergeld ist kein solcher Maßstab. Regierungspolitik wird erklärt, daß alsbald dem Hause ein Steuerentwurf vorgelegt werde, der die Belastung des Reiches, aber nicht als Sonderbesteuerung, die über den Rahmen der übrigen Steuerentwürfe hinausgeht. Der Entwurf wird mit unbedingten Abänderungen erledigt, ebenso als in dritter Lesung. Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verträge. Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen. Nachträglich wird auf die Tagesordnung ein Antrag aller Parteien auf Gewährung von

Teuerungszuschläge für die Eisenbahn- und Verwaltungsarbeiter

erteilt. Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Hauptausschuß einstimmig seine Zustimmung gegeben habe. Auch die Regierung sei damit einverstanden. Die finanziellen Wirkungen des Antrages seien aber sehr groß. Abg. Koser (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss schlägt vor, die Regierung zu ermächtigen, die Teuerungszuschläge für die Eisenbahn- und Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind, auszuwählen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

weist auf die finanzielle Tragweite des Antrages hin. Die Zuschläge betragen mindestens zwei Milliarden Mark. (Hört, hört.) Trotzdem muß dem Antrag zugestimmt werden. Der Antrag ist ein Schritt zum demokratischen Staat. Ich lehne es ab, mich von derartigen Teilerfolgen in meinen Entschlüssen leiten zu lassen. Will man die Zuschläge geben, dann muß man sie auch geben, damit Ruhe und Ordnung erhalten bleiben. Die finanzielle Konsequenz mit dem Inhalt des Antrages betrage mindestens 2,5 Milliarden Mark. Die übrigen Zweige der Verwaltung werden nachfolgen. Der Antrag wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, Wahlgesetz. Schluß gegen 9 Uhr.

Sitzung der sächsischen Volkstammer.

h. Dresden, den 21. April 1920.

Die Sitzung wird eingeleitet mit der kurzen Anfrage nach den Maßnahmen der sächsischen Regierung gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln nach der Tschechoslowakei, die ihrerseits die Ausfuhr nach Sachsen mit schweren Restriktionen bedroht.

Ministerialdir. Geh. Rat Dr. v. Häbel erwidert, daß der Regierung offiziell noch nichts bekannt ist von den Strafmaßnahmen der tschechischen Regierung. Was die Ausfuhr von Lebensmitteln betrifft, so sei sie durch die Reichsgesetze überhaupt verboten und würde mit schweren Strafen bedroht. Von deutschnationaler Seite liegt die Anfrage vor, was die Regierung gegen die verfallenen und rechtswidrigen Ein- und Liefergriffe der Aktionsausschüsse in die Pressefreiheit zu tun, bzw. ob sie die Schuldigen zu bestrafen gedenkt.

Minister des Innern Müllers bemerkt, daß diese Liefergriffe so stark gewesen seien, wie die Anfrage vermuten lasse. Selbstverständlich werde eingeschritten werden. Die Regierung habe die Eingriffe unterlagert. Es müsse aber bedacht werden, daß die Liefergriffe nur zur Abwendung der reaktionären Gefahr verübt worden seien. Wo sich die Aktionsausschüsse zur Verfeinerung der inneren Ruhe bemühen ließen, werde sich die Regierung der Ausschüsse gern bedienen. Gegen Gewalttätigkeiten, Eingriffe in die Verwaltung und verbrecherische Liefergriffe werde mit allen Mitteln eingeschritten werden. Die strafrechtliche Verfolgung sei Sache der Justizbehörden und nicht der Regierung.

Anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Stedler (Unabh.) wird der Abg. Müller (Unabh.) als stellvertretender Schriftführer gewählt.

Die letzten Punkte der Tagesordnung, Anfragen der Abg. Schwager (Dem.) und Schmidt-Freiberg (DfW. Vp.) bezüglich der Zusammenlegung des Reichswirtschaftsrates werden zurückgeschoben, da die angefragten Gegenstände durch reichsgesetzliche Regelung erledigt sind.

Schluß 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, 22. April 1 Uhr. Tagesordnung: Postkontrollunterstützung für die erregte und vögl. Landwirtschaft, Anfrage des Abg. Wrat über Eingriffe der bundesstaatlichen Regierungen in sächsischen Betrieben.

Suchende Kritik.

h. Dresden, 21. April. Am Mittwoch haben sich die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der sächsischen Volkstammer wiederum mit der Frage der Umbildung der Regierung beschäftigt. Nach bekannt gewordenen Mitteilungen hat sich die Lage außerordentlich zuspitzend, so daß man von der Absicht, die Volkstammer-Vollziehungen in der nächsten Woche ausfallen zu lassen, wieder abgesehen ist. Man hat zunächst für nächsten Dienstag wieder eine Sitzung in Aussicht genommen, für deren Tagesordnung offiziell die Vorlage über die Kosten für die Unterhaltungsanstalten und der sozialdemokratische Antrag, den 1. Mai und den 9. November als gesetzliche Feiertage festzusetzen, angelegt werden sollen. In den Kreisen der Volkstammer-Abgeordneten aber rechnet man mit Bestimmtheit damit, daß die Volkstammer in der nächsten Woche sehr viel weitergehend, mit der Frage der Regierungsbildung zusammenhängende Entscheidungen zu fassen haben wird.

Wie der „Zittauer Morgenzeitung“ aus Dresden gemeldet wird, verläuft in parlamentarischen Kreisen mit großer Bestimmtheit, daß der sächsische Ministerpräsident Dr. Gröbnauer heute Donnerstag sein Rücktrittsgesuch einreichen werde. Er werde es mit seinem schlechten Gesundheitszustand begründen. Ob es, sollte sich die Meldung bestätigen, zu einer Demission des gesamten Kabinetts kommt, läßt sich trotz sehr bestimmter auftretender Gerüchte nicht sagen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Abstimmung im Osten. Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen soll am 27. Juni stattfinden. Das Stimmrecht hat jede Version, die das 30. Lebensjahr vollendet hat. Im Abstimmungsgebiet geboren ist, ihren ständigen Wohnsitz dort hat oder sich seit dem Jahre 1906 dort aufhält. Der deutsche Schuhbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen gibt Forderungen für eine Kelle in die Abstimmungsgebiete auf dem Wege über die Unterorganisationen aus. Diese Schritte gelten 21. Juni vor und 21. Juni nach

der Abstimmung. Stimmberechtigter Ost- und Westpreußen, welche die Einreise früher antreten wollen, erhalten das Reisegeld 8. Klasse für Hin- und Rückfahrt erhaltet, wenn sie vor Eintritt der Reise einen Antrag bei ihrem Heimatbunde oder ihrer Zweigstelle des deutschen Schuhbundes stellen und nach ihrer Rückkehr nachweisen, daß sie am Abstimmungstage in ihrem Geburtsorte anwesend waren. (Zu 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.)

Große deutsche Lebensmittelkrisis. Die in Ostpreußen bekannt wird, sind bedeutende Vorräte an Fleisch und Fettwaren hier und an anderen europäischen Märkten auf Rechnung der deutschen Regierung gekauft worden. In Rotterdam sollen sich Waren im Werte von über 10 Millionen Mark befinden.

Durchgangsverkehr Danzig-Berlin. Wie die „B. Z.“ aus Danzig meldet, wird nach einem zwischen der polnischen Regierung und Sir Reginald Fowler abgeschlossenen Abkommen die Verwaltung der Eisenbahnen in die Hände des Freistaates Danzig über. Von Danzig nach Berlin und Königsberg verkehren Durchgangszüge, die auf polnischem Gebiete weder halten noch kontrolliert werden dürfen. Die Danziger erhalten direkte Ferngraphen- und Telefonleitungen nach Deutschland.

Süddeutsche Reichstrene. In einer politischen Versammlung hat der bayerische Justizminister erklärt, je mehr der Norden Deutschlands vom Bolschewismus ergriffen werde, desto notwendiger sei die reichstreue Zusammenarbeit der süddeutschen Staaten.

5. Klasse 176. Säch. Landes-Lotterie.

Die Nummern, unter welchen für Ostpreußen 1000 Mark gezogen werden. (Sach. Geschäft der Königl. - Lotteriedirektion)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 100000, 50000, 10000) and corresponding winning numbers. Includes a section for '7. Ziehungstag vom 21. April 1920.' and '100000 Mark'.

Kammer-Lichtspiele Riesa. Ab Freitag neues Programm.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Das große Monumentalfilmwerk „Kampf um die Ehe“ in 2 Teilen.
 Freitag, den 23. bis Montag, den 26. April: **Kampf um die Ehe**
 I. Teil: Wenn in der Ehe die Liebe stirbt
 Drama in 6 Akten.
 „Wer die Arbeit kennt“, Lustspiel.
 Um gütigen Zutritt bittet die Verfasserin Anna Jach.
 Dienstag, den 27. bis Donnerstag, den 29. April: **Kampf um die Ehe**
 II. Teil: Feindliche Gatten
 Drama in 6 Akten.
 „Das Amt der Zukunft“, Lustspiel.

Achtung! Hofarbeiter

zum Sandgranaten-Reinigen u. Entfernen sucht bei gutem Lohn im Afford sofort

M. Cieslak,
 Rohmaterialien-Großhdlg.,
 Neuweida.

Pfeilerspiegel Trumeaux und Kommoden eingetroffen
 Riesa, Hauptstr. 83
 Gröba, Schulstr. 7.

N. Sofa zu verkaufen
 Goethestr. 31, I.
 Rasten-Dandwagen, 2 Str.
 Traktor, fast neu, weg. Blah-
 mangel billig zu verkaufen
 R.-Fr. Jol. Str. 14, 1. u. 2.

Gerren-Blad (Brennabor),
 sehr gut erhalten, mit guter
 Gummiüberzug zu verk. Diet-
 rich, Gröba, Streblauer Str. 3.

Herrenfahrrad.
 Ein mit Gummi bereiftes
 Fahrrad billig zu verkaufen
 Kaiser-Wilhelm-Platz 2, I.
 Hinterhaus, neb. Dampfbad.

Guterh. Kinderwagen
 zu verkaufen. Zu erfragen
 im Tageblatt Riesa.

Cutaway

mit oder auch ohne Hose
 zu kaufen gesucht.

Offerten unter F N 1988
 an das Tgl. Riesa erbeten.

Ein **Friedensrock (arab.)**,
 eine **Wandoline (21 teilig)**,
 drei **Korffaschen (à 25 Str.)**
 billig zu verkaufen.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Im Auftrag zu verkaufen:

1 **Eigentumsrock**,
 1 **Pullover**, 2 **Opfen**,
 1 **Paar Schürchen**,
 1 **Paar Halbhiel**,
 1 **Ring**.

Hauptstraße 63, 1.

Darüber eine schwarze Hose
 zu kaufen gesucht.

Kostümrock

sowie unterhalten. Sommer-
 hat billig zu verkaufen
 Schützenstraße 8, 1. u. 2.

2 **Paar weiße Stiefel**,
 Gr. 24 u. 26.

2 **Mäntel u. w. Kleider**
 für 3-4 J. Kind
 zu verkaufen. Zu erfragen
 im Tageblatt Riesa.

1 **Paar neue**
Milchschuhe, Gr. 27,
 zu verkaufen. Zu erfragen
 im Tageblatt Riesa.

Schwarze Lederamaschen,
 weißes Wolle-Kleid
 für 7-9 J. Mädchen zu verk.
 Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Eine ziemlich neue

Schubkarre

zu verkaufen oder zu ver-
 kaufen. Steigerstr. 6, p. r.

1 **fast neuer größerer**
Stiefelwoll m. Hebersehung
 Nr. 20, Marke Alexanderwert,
 preiswert zu verkaufen
Weida, Schillerstr. 24.

Gebrauchte Nähmaschine
 und **Eisstrahl**
 zu verkaufen. Zeithain,
 Langenberger Straße 51b, 2.

5 Kähne

100-150 To.

1 zerlegbare Holzbarocke

zu kaufen gesucht.

Ad. Hickmann,
 Schanden, Eibe.

Neu verkauft

Gerhanen Nr. 56.

Einem größeren Vorken

rote Speisemöhren

verkauft

Hermann Schmidt,
 Gröba, Goethestr. 2.

Vereinsnachrichten

Gesellschaft Fibelitas. Morgen 8 Uhr Mitglieberversamm-
Musikverein „Saxa“. Sonntag 1/9 Uhr Versammlung bei
 Dirck. Musik- und zahlreiches Erscheinen erwünscht.
**Kletter- und Wanderklub „Edelweiß“ Riesa und Umge-
 gend.** Freitag, den 23. 4., abends 7 Uhr findet im „Bürger-
 haus“ (u. Schade) die 1. Vollerversammlung statt. Sämtl.
 Mitglieder, auch die neuen, werden gebeten zu erscheinen.
 Tagesordnung: Regelung sämtl. Klub- und Bundes-
 angelegenheiten, Eingänge usw.

Konditorei und Café Grube

Kaiser-Wilhelm-Platz 2.
 Morgen Freitag, den 23. April
Extra-Künstler-Konzert
 Beginn 7 Uhr. — D. Grube.

Gasthof Sonntag von 4 Uhr an
Nünchritz! Ballmusik.

Brennholzabgabe.

Mit Hinweis auf die Aufforderung des Rates vom
 19. ds. m. die Abholung auf die Bezugsscheine rektlos
 bis 24. ds. erfolgt sein. Nach diesem Tage ist eine weitere
 Ausgabe ausgeschlossen.

Hans Ludewig.

Brikett-Ausgabe

Riesa-Stadt
 Freitag, den 23. 4., vorm. 7-12 301-375
 nachm. 2-5 376-450
 Sonnabend, den 24. 4., vorm. 451-525
 nachm. 526-600
 auf Januar, per Zentner M. 14,80.
 Gleichzeitig können mit **Auto** bezogene Briketts von
 meinen Kunden, sowie von denen der Firma Hans Ludewig
 und C. F. Förster auf jede Karte je 1 Zentner geholt werden.
Oscar Santusch.

Ammonsulfatsalpeter

ca. 27% Stickstoff enthaltend
schwefels. Kali
Chlorkalium
Kainit
 gibt jeden Posten ab
G. Schuster
Bahnhof Wülknitz.

Patente G.M. - W.Z.

Nacharbeit - Nameidg.
 Verwertung billig.
 Brauchere kostenlos
 Walter & Co., Weimar.

1 Eisstrahl,

1 großer Handwagen zu
 verkaufen Hauptstr. 11, 2.

2 Tafeln Klingorit

1 mm und 5 mm stark
 (garantiert Felebensware)
 preiswert abzugeben.
 Zu erst. im Tagebl. Riesa.

kleiner Posten

gespund. Hohlbleien,
 24 u. 30 mm, und
 bekümmte Pfosten, 50 mm,
 sofort abzugeben.
Fr. W. Lothmann,
 Bismarckstr. 35 b, Tel. 490.

Achtung! Zahl für Lumpen,

Eisen, Altmetall,
 Wein- und Getreidestroh
 höchste Tagespreise.
Alfred Mann, Hauptstr. 26.

Gifurängew

Gornhaut, Bellen u. Warzen
 beseitigt man schnell, sicher und
 schmerzlos mit
Rutilol. In vielen tausend
 bewährt. Preis M. 2.-
 Klein edt: Drei. Schenk.

Metropol-Lichtspiele

Poppiger Str. 2, Gasthaus Stadt Freiberg.
 Freitag, d. 23., bis Montag, d. 26. April:
„Das Ende vom Liede“
 aus einem Artistenleben, Drama in 3 Akten.
„Ein sympathischer junger Mann“
 Lustspiel in 4 Akten.
 — Sonntag ab 2 Uhr: —
Kinder- u. Familienvorstellung.

Landwirte

verkauft Eure Wolle nicht vorzeitig!
 Am 5./6. Mai ist die
Wollversteigerung
 in Berlin.
 Anfragen und Anmeldungen an die
Deutsche Wollgesellschaft Berlin
 Markgrafenstr. 77.

Herzlichsten Dank.

Für die mir anlässlich meines Jubiläums
 erzeigten Aufmerksamkeit sage ich nur hier-
 durch meinen
Herzlichsten Dank.
 Riesa, 22. April 1920.
Hermann Kühne, Pfahmeister.

Herzlichsten Dank.

Für die uns anlässlich unserer Silbernen
 Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und schönen
 Geschenke sagen hierdurch unsern
Herzlichsten Dank.
 Riesa, am 18. 4. 20.
Emil Schubert und Frau.

Herzlichsten Dank.

Für die am Tage unserer Hochzeit erwie-
 senen Aufmerksamkeit durch Glückwünsche und
 Geschenke sagen wir hiermit allen, insbesondere
 aber der Jugend zu Wohlsein, zugleich im Namen
 unserer Eltern herzlichsten Dank.
So hies, im April 1920.
Emil Teßl u. Frau Frieda geb. Müller.

Martha Lossner

Paul Leuschner
 grüßen als Verlobte.
 Riesa. April 1920. Rödoran.

Max Gast und Frau

Elle geb. Imme
 — Vermählte —
 Riesa-Frankenbergr. Ca., 22. 4. 20.

Anna Schwäbe

geb. Zickert
 im blühenden Alter von 25 Jahren.
 Im tiefsten Schmerze Otto Schwäbe
 nebst allen Hinterbliebenen.
 Rödoran, Söhlstr. 15, 22. April 1920.
 Die Beerdigung findet Sonnabend nach-
 mittag 2 Uhr statt.

Möbel

Große Auswahl in kompl.
 Küchenrichtungen, Schloß,
 Speise-, Kleiderstr., Vertikos
 Ausziehb- und andere Tische,
 Kommoden, Aufwandschiffe,
 Spiegel, Flurarderoben,
 Bettk., Matratz., Blüchelos,
 sowie alle Sorten andere
 Möbel in großer Auswahl
 empfiehlt preiswert
Oskar Moritz
 Haupt-Möbel-Magazin
 Riesa, Hauptstr. 63
 Möbel-Magazin
 Gröba, Schulstr. 7.

Konzertina,

76 tönig, oktav doppelttönig,
 hat abzugeben Musikfachlehrer
Emil Jenner, Vommahle.

Wer gibt täglich
 1/2 - 1 Str. Bieremilch ab?
 Adresse abzugeben
 Goethestr. 73, 1.

Rafao

holl. gute Ware,
 für Kond. u.
 Wiederverk. günstig. An-
 gebot. Detail-Preis 3/4
 M. 28.50. Paul Wera-
 dorff, Weihen, Leckwam 2, 1.
 2 Min. v. Triebfischalbahn.

Syphon-Bierversand

Das gute Riebedbier
 hell und dunkel
 edlt **Wasserbier**
 empfiehlt
Riebeck & Co. Fernspr. 23.

Achtung!

Morgen Freitag früh
frische Seefische.
Clemens Wörner, Riesa,
Ernst Weber, Poppitz.

Großer Posten

holländ.
Sübramm-
Margarine
 eingetroffen, empfiehlt
 im ganzen und einzelnen
Carl Bohlmann
 Goethestr. 39.
 Telefon 715.

Nur diese Woche!

in auslän-
Schweineschmalz
 Pfund 20 Mark.
S. Postach, Neuweida.
 Bitte Papier mitbringen.

Treibank Riesa.

Freitag, den 23. 4., Ver-
 kauf von **Wendfleisch** aus
 Breite von 250 an Stadt
 Dresden, 8-9 Nr. 301-350,
 9-10 Nr. 351-400, 10-11
 Nr. 401-450, 11-12 Nr. 451
 bis 500, 12-13 Nr. 501-550.

Carl Bohlmann

Goethestr. 39.
 Telefon 715.

Gasthof Sabnefeld.

Sonnabend, 24. 4., v. 7 Uhr ab
feine Ballmusik.
 Es ladet ergebenst ein
C. Dornemann.

Turnverein Canitz.

Sonntag, den 25. April,
 findet im Gasthof zu Canitz
 unser diesjähriges
Stiftungsfest mit Ball
 statt. Freunde und Gönner
 der Turnvereine herzlich wil-
 kommen. — Anfang 8 Uhr.
 Der Vorstand.

Die heutige Nr. enthält
 4 Seiten.